

Beate Maria Hagen

## Wohnen als soziale Frage – Sozialraum als Antwort?

Bericht von der Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. am 19. Juni 2019

Rund 170 Mitglieder und Gäste kamen zur turnusmäßigen Mitgliederversammlung, die in diesem Jahr am 19. Juni 2019 in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund stattfand. Mit dem Motto „Wohnen als soziale Frage – Sozialraum als Antwort?“ wurde ein aktuell viel diskutiertes Thema aufgegriffen. Dabei wurde ein spannender Blick über die Bedeutung des Wohnens in der Zukunft geworfen, interessante Erfahrungen aus der Sozialraum- und Quartiersentwicklungspraxis erläutert und sich in der Podiumsdiskussion kontrovers über die politischen Notwendigkeiten auseinandergesetzt. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Ergänzungswahlen zum Hauptausschuss, der Bericht aus der Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins und die Verleihung des Cäcilia-Schwarz-Förderpreis für Innovation in der Altenhilfe des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.



*Tobias Dünow,  
Dienststellenleiter der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund, begrüßte als Hausherr die Mitglieder und Gäste des Deutschen Vereins.*

Bezahlbarer und auch lebenswerter Wohnraum ist ein zentrales menschliches Bedürfnis – ein drängendes Thema, das mit seiner vielschichtigen Dramatik in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die angespannten Wohnungsmärkte in Ballungszentren offenbaren eine jahrelang vernachlässigte Wohnungspolitik. Sie rücken aber auch Wohnen als soziale Frage in den Fokus der Aufmerksamkeit. Studien belegen eine steigende soziale und demografische Segregation. Wohnraumangel und explodierende Mieten verstärken den Verdrängungseffekt und betreffen immer mehr Menschen. Auf der anderen Seite verzeichnen viele ländliche Räume einen hohen Leerstand und eine rückläufige Infrastruktur. Entwicklungen, die scheinbar diametral zu gut entwickelten Sozialräumen stehen.

Der quantitative Ausbau von Wohnraum steht in vielen Städten an oberster Stelle. Doch aus Sicht des Deutschen Vereins stellt sich die Frage, wie dieser gestaltet sein muss, damit lebendige und durchmischte Quartiere entstehen. Welche Voraussetzungen und Bedingungen tragen zum Gelingen bei? Wie erreichen wir gleichwertige Lebensverhältnisse für alle? Was ist überhaupt möglich und was bleibt Utopie?

### „Was bedeutet Wohnen in zwanzig Jahren? – Widersprüchliche Trends und Entwicklungen“

Der fachliche Teil der Mitgliederversammlung startete mit einem Blick in die Zukunft. Der Impulsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Susanne Frank, Technische Universität Dortmund, wurde dabei von Prof. Dr. Jens Wurtzbacher, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, für die kurzfristig verhinderte Prof. Frank übernommen. Im Zentrum des Vortrags stand die Frage, welche Bedeutung wir dem Wohnen in 15 bis 20 Jahren beimessen werden und wie sich in diesem Zusammenhang zwei widersprüchliche Trends und Entwicklungen erklären lassen.



*Johannes Fuchs, Präsident:  
„Wohnen ist weit mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen in einem gut entwickelten Sozialraum bedeutet, gleichberechtigte Teilhabe für alle zu ermöglichen.“*

Die Trend- und Zukunftsforschung gehe in den kommenden 15 bis 20 Jahre von neuen Wohn- und Lebensformen aus. Städte werden weiter an Attraktivität gewinnen, und

**Beate Maria Hagen** ist Leiterin der Abteilung „Vereins- und Mitgliederwesen, Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin.

kontinuierliche Bindungen werden an Bedeutung verlieren. „Wohnen“ ist nicht an Familie gekoppelt, sondern an Lebensweisen. Bevorzugt werden urbane Kleinraumwohnungen mit Appartements von 30 bis 40 qm. Der persönliche Lebensraum wird in dritte, halböffentliche oder öffentliche Räume verlagert oder um diese erweitert. Stadtteile und Wohnquartier gewinnen an Bedeutung. Wohnen ist aus der Sicht der Zukunftsforschung hoch technisiert.

Sozialwissenschaftliche Erhebungen dagegen belegen, dass entgegen der Trend- und Zukunftsforschung bei den heute 15- bis 35-Jährigen eher traditionelle, konventionelle, bürgerlich-konservative Einstellungen vorherrschen. Ziel sei in erster Linie der individuelle Leistungsgedanke und der Stuserhalt. Es dominiert der Wunsch nach einer Kernfamilie, gefolgt vom Modell der Großfamilien mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Der „digitale Biedermeier“ drückt sich aus im Rückhalt der

Gruppe und Individualität als Werthaltung. Wohnwünsche realisieren sich im Einfamilien-, Doppel- oder Reihenhauses in suburbanen oder ländlichen Räumen. Das ernüchternde Fazit lautet: Die Generation Y ist spießiger als ihre Eltern.

Die Widersprüche beider Forschungsansätze sind Ausdruck von Ambivalenzen. Beide Seiten formulieren starke Trends. Nach Ansicht von Prof. Frank ist die Sehnsucht der Jüngeren nach Gemeinschaft und Familie so stark, weil die von den Zukunftsforschern postulierten Trends wirkmächtig sind. Multioptionalität ist gleichzeitig Chance wie Dilemma. Der Anspruch, ständig erreichbar zu sein, erzeugt Druck und fördert den Imperativ der Selbstoptimierung. Daraus entspringt die Angst, nicht mehr mit der Entwicklung Schritt halten zu können. Gleichzeitig ist Unsicherheit die neue Konstante. Dem wird der Rückzug ins Private entgegengesetzt.

### Praxisbeispiele im moderierten Gespräch



*Helene Böhm*

Helene Böhm, GESOBAU AG Berlin, und Christiane Grabe, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., erörtern im Gespräch mit Prof. Wurtzbacher ihre Erfahrungen zur Bedeutung von Wohnen und zu der Frage, was gut funktionierende Quartiere ausmachen. Aus ihrer Sicht wird die scheinbare Sicherheit durch Wohnen mit teuren, zum Teil lebenslang laufenden Krediten erkauft. In Bezug auf den Impulsvortrag stellte Christiane Grabe fest, dass es die von der Trend- und Zukunftsforschung dargestellten Wohnformen bereits jetzt gibt – allerdings werden diese von denjenigen bewohnt, die am Rand der Gesellschaft leben und ausgegrenzt werden.

Aufgabe ist es, die unterschiedlichen Lebenswelten zusammenzubringen, damit alle gut miteinander wohnen und leben können. Soziales Kapital kann Netzwerkarbeit befördern. Es braucht aber Multiplikatoren wie beispielsweise Stadtteilmütter. Das Kerngeschäft der Stadtteilkordinator/innen ist die Vermittlung zwischen



*Christiane Grabe*

Ehrenamtlichen und unterschiedlichen Milieus. Dazu braucht es sowohl Räume als auch Möglichkeiten zum Austausch der Menschen untereinander im Quartier. Schließlich sei die Vereinsamung und die Einsamkeit ein großes Problem der mobilen Gesellschaft. Quartiere brauchen Zeit, damit sich die Bewohnerinnen und Bewohner miteinander austauschen können. Daher seien neue Arbeits- und Zeitmodelle erforderlich, die es ermöglichen, gemeinsam im Quartier etwas zu gestalten. Festgestellt wird, dass Quartiere nur mit einem bürgerlichen Anteil gut funktionieren können. Die Wohnungsunternehmen sollten eine bessere Wertschätzung erfahren, da sie derzeit eher als Feindbild wahrgenommen werden. Es gelte daher, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Allerdings darf dies nicht alleine den kommunalen Wohnungsunternehmen aufgebürdet werden. Wichtig sei es, das für das Quartiersmanagement zuständige Personal zu entfristen, weil sonst gute Quartiersentwicklung dauerhaft in Frage gestellt wird.



Foto: (v.l.n.r.) Moderator Prof. Dr. Jens Wurtzbacher diskutiert mit Norbert Tessmer, Oberbürgermeister der Stadt Coburg, Dr. Michael Frehse, Leiter der Abteilung Heimat im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, und Christian Huttenloher, Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

### Podiumsdiskussion „Wohnen als soziale Frage – Sozialraum als Antwort?“

Diskutiert wurde das Ungleichgewicht zwischen Großstädten und ländlichen Regionen, die unter Abwanderung leiden und die sich daraus ergebenden Folgen für die soziale Infrastruktur und die Lebensqualität in den betroffenen Gebieten. Eine kontinuierliche Sozialplanung ist ein Instrument, um negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, um gegensteuern zu können. Die räumliche Polarisierung besteht in der Ausdünnung von Versorgungseinrichtungen. Kleine Städte dürfen nicht als Anhängsel von Großstädten gesehen werden.

Die politische Forderung nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse hat weiterhin Bestand. Man sollte jedoch nicht vorschnell auf Statistiken und Prognosen reagieren. Es gibt genug Beispiele von Regionen, die sich nach wirtschaftlicher Stagnation und Umstrukturierung im Aufschwung befinden. Dazu bedarf es integrierter Konzepte der Kommunen und Unterstützung von Bund und Ländern. Notwendig ist es, Ballungsgebiete zu entlasten, eine flächendeckende IT-Versorgung zu sichern, Behörden zu dezentralisieren und in der Fläche anzusiedeln. Gleichwertig bedeutet nicht, dass alles gleich ist, sondern dass relativ gleiche Zugänge zur Daseinsvorsorge vorhanden sind.

Steigende Mietkosten sind erhebliche Treiber für soziale Disparitäten in den Städten. Dabei ist Segregation keine Frage von Wohnraum, sondern der gesellschaftlichen Verfasstheit. Wichtig sei eine innere Verbundenheit mit der weiteren Umgebung zu fördern. Problematisch sei auch

beispielsweise die Zusammensetzung politischer Gremien. Dort sitzen Funktionsträger, die das Interesse der Organisationen und nicht der Bürgerinnen und Bürger vertreten, mit der Folge, dass diese sich nicht ausreichend wahrgenommen fühlen. Mehr Bürgersinn ist auch bei Bauprojekten gefragt. Eine frühzeitige Einbeziehung und Berücksichtigung der Interessen der Bürger/innen erscheint sinnvoll.

Am Ende der Diskussion wurden Vorschläge formuliert, um Mietsteigerungen einzudämmen. Hierzu sollten insbesondere die Bau- und Wohnkosten gesenkt werden. Mögliche Maßnahmen seien:

- Die Grund- und Bodenpolitik muss für eine Mischung aus kommunalem, genossenschaftlichem und frei finanziertem sozialen Wohnungsbau sorgen. Hier lohnt der Blick auf das Münchener Modell.
- Auch eine sozial verträgliche Bodenpolitik durch den Bund, die bislang eher die Ausnahme ist, sollte verstärkt werden.
- Die Grundsteuer steht zwar im Koalitionsvertrag als Prüftatbestand, sollte aber grundsätzlich gesenkt werden. Dies liegt in der Verantwortung der Länder.
- Die DIN-Normen müssen zugunsten kostensenkender Maßnahmen überprüft werden.
- Verstärkung des Programms Soziale Stadt, damit nicht neue Probleme in alten Quartieren entstehen.

## Vereinsregularien



*Vorstand Michael Löher berichtet aus der aktuellen Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins.*

Alle zwei Jahre wird ca. die Hälfte der Mitglieder des Hauptausschusses durch die Mitgliederversammlung gewählt. Zur Wahl standen 133 Kandidatinnen und Kandidaten. Die Wahlvorschlagsliste wurde mit der Einladung zur Sitzung versandt. Es wurden 308 Stimmen abgegeben, davon war eine Stimme ungültig. Alle Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt.

Die Liste der Hauptausschussmitglieder ist unter <https://www.deutscher-verein.de/de/wir-ueber-uns-verein-haupt-ausschuss-1312.html> abrufbar.

## Cäcilia-Schwarz-Förderpreis für Innovation in der Altenhilfe 2019

Im Rahmen der Mitgliederversammlung hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. zum sechsten Mal seinen mit 10.000,-€ dotierten Förderpreis für Innovation in der Altenhilfe vergeben. Ausgezeichnet wurde Dr. Carl-Philipp Jansen von der Ruprecht-Karls-Uni-

versität in Heidelberg, der als gerontologisch orientierter Sportwissenschaftler ein Trainingsprogramm zur Steigerung der körperlichen Aktivität von Pflegeheimbewohner/innen entwickelt hat.



Foto: (v.l.n.r.) Johannes Fuchs, Präsident des Deutschen Vereins, Prof. Dr. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D., Dr. Carl-Philipp Jansen, Prof. Dr. Mathias von Schwandenflügel, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Ausgangsfrage lautete: Ist es möglich, eine 90-jährige Bewohnerin der stationären Altenpflege dazu zu befähigen, wieder kurze Strecken ohne Rollator zu gehen? Leitgedanke der vorgelegten Arbeit war, dass Pflegeheime auch Settings zur persönlichen Weiterentwicklung und Förderung sein können. Eine solche Sicht ist bislang aber nur selten in der Forschung anzutreffen. Eine hochindividualisierte Trainingsintervention sollte eine Optimierung der körperlichen Aktivität und des Bewegungsverhaltens ermöglichen. Das Trainingsprogramm gab die Antwort auf die Ausgangsfrage: Ja, es ist möglich. Und es ist sinnvoll. Offensichtlich führt eine Verbesserung der motorischen Kompetenz dazu, dass Bewohner/innen sich mehr zutrauen und sich weitreichender in ihrem Umfeld bewegen.

In ihrer Laudatio hob Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesministerin a.D. und Mitglied des Kuratoriums des Cäcilie-Schwarz-Förderpreises, hervor: „Das Projekt zeichnet sich durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Bewohner/innen und Personal gleichermaßen aus. Zudem wurde ein inklusiver Ansatz gewählt, im Zuge dessen auch Bewohner/innen in ‚geschützten‘ Wohnbereichen mit teils schwersten motorischen und kognitiven Einschränkungen einbezogen wurden. Es wurde ein Interventionsprogramm

für Pflegeheimbewohner entwickelt, das möglichst allen Bewohner/innen und im Nachgang auch der Öffentlichkeit als Handbuch zugänglich gemacht werden sollte. Im Projekt wurde nachgewiesen, dass durch praxisorientierte Aktivitäts- und Bewegungsförderung eine Steigerung von Lebensqualität, psychosozialem Wohlbefinden und motorisch-funktioneller Leistungsfähigkeit erzielt werden kann.“

Der Cäcilie-Schwarz-Förderpreis würdigt bedeutende wissenschaftliche Arbeiten, deren Erkenntnisse dazu beitragen, dass älteren Menschen für lange Zeit ein hohes Maß an selbstständiger Lebensweise ermöglicht werden kann. Der Deutsche Verein hat diesen Preis 2006 erstmals ausgelobt. Möglich machte dies ein Nachlass der Namensgeberin, deren Anliegen es war, auf diese Weise die Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen zu unterstützen. Schirmherrin des Förderpreises ist Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Frauen, Senioren, Familie und Jugend.

## DAS FORUM DES SOZIALEN

 **Deutscher Verein**  
für öffentliche und  
private Fürsorge e.V.

- ✓ 25 % sparen bei Publikationen und Fachveranstaltungen
- ✓ Fachzeitschrift Nachrichtendienst „NDV“ kostenlos beziehen
- ✓ Sozialrechtsgutachten von allg. Interesse i.d.R. kostenfrei erhalten
- ✓ Impulse geben für Positionen und Empfehlungen
- ✓ Netzwerk ausbauen und Kontakte knüpfen
- ✓ Zugriff auf digitale Services im Mitgliederportal

[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

Diana Pech, Mitgliederwesen: Tel.: 030 62980 - 627, E-Mail: [pech@deutscher-verein.de](mailto:pech@deutscher-verein.de)

Folgen Sie uns



**JETZT  
MITGLIED  
WERDEN**